



Agenturfoto. Mit Modell gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.

## SCHULPOLITISCHES PROGRAMM

# ZUKUNFTSSICHERE LÖSUNGEN FÜR DIE PROBLEME UNSERES SCHULSYSTEMS



**Alternative**  
für  
Deutschland

LANDESV ERBAND NIEDERSACHSEN

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	3
Präambel .....	6
Begriffsdefinition .....	12
<b>1. Grundsätze</b> .....	17
<b>2. Schulformübergreifende Forderungen</b> .....	22
2.1 Profilbildung .....	22
2.2 Wiedereinführung Schullaufbahnpflicht .....	22
2.3 Kompetenzorientierung .....	23
2.4 Inklusion .....	24
2.5 Ganztags .....	30
2.6 Hausaufgaben .....	32
2.7 Schulen und Migration .....	32
2.8 Islamunterricht .....	33
2.9 Kopftuchverbot .....	34
2.10 Wiederholung von Klassenarbeiten .....	34
2.11 Vergleichsarbeiten .....	35
2.12 Eingangsprüfungen .....	35
2.13 Digitalisierung .....	35
2.14 Entbürokratisierung .....	37
2.15 Neutrale Lehrer Niedersachsen .....	38
2.16 Schuluniformen .....	40
2.17 Problemschulen .....	41
2.18 Sexualerziehung .....	42
2.19 Heimunterricht im Rahmen der Schulpflicht .....	44
<b>3. Schulformen</b> .....	46
3.1 Grundschulen .....	46
3.2 Integrierte Gesamtschule .....	48
3.3 Förderschule .....	50
3.4 Haupt-, Real- und Oberschulen .....	51
3.5 Gymnasien .....	53
3.6 Abendschulen .....	56
3.7 Berufliche Bildung .....	56
<b>4. Berufsbild Lehrer</b> .....	59
Schlusswort .....	62

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder der AfD Niedersachsen

„Das Niveau ist auf der Flucht und hat unserem schönen Niedersachsen den Rücken gekehrt.“ So könnte man das niedersächsische Schulsystem zurzeit zusammenfassend charakterisieren. Inklusion, Kompetenzorientierung, Ganztags und Genderwahn sind dabei nur einige Merkmale, die den Niedergang des Schulwesens in Niedersachsen beschreiben. Ein völlig überforderter Reparaturbetrieb von gesellschaftlichen Problemen und eine zunehmend politisch ideologisierte Schulgestaltung sind die Folge.

In der schulischen Realität haben wir es damit mit einem Bildungssystem in Niedersachsen zu tun, welches seinen zentralen Bildungs- und Erziehungsauftrag kaum mehr erfüllen kann.

### **Hier muss zum Wohle unserer Kinder dringend Abhilfe geschaffen werden.**

Die AfD Niedersachsen ist auch hier die einzige Alternative zu dem verantwortungslosen schulpolitischen Kurs der etablierten Parteien, die diesen Niedergang herbei- und zu verantworten haben. Der von diesen Parteien eingeschlagene Irrweg muss umgehend verlassen werden.

Die Alternative für Deutschland tritt deshalb im öffentlichen Schulwesen für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges

Schulsystem zum Wohle unserer Kinder ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zu dem bewährten dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, welches über Jahrzehnte durch hervorragende Bildungserfolge den Wohlstand Deutschlands sicherte und weltweit als Vorbild diente.

Bildung und die Gestaltung der Schulen ist eine der wenigen zentralen Aufgaben, die im Hoheitsbereich der Bundesländer liegen. Für die AfD Niedersachsen ist deshalb eine klare Positionierung im Bereich der Bildung im Hinblick auf zukünftige Wahlerfolge entscheidend. Bildungsfragen werden in zunehmendem Maße den Wahlkampf in Niedersachsen prägen und entscheiden. Ebenso werden die Debatten im Niedersächsischen Landtag über die Auseinandersetzung mit dem Versagen der Schulpolitik der etablierten Parteien eine zentrale Rolle für die Akzeptanz bei den Bürgern spielen.

## **Dieser Bedeutung für unsere Partei trägt der Landesfachausschuss 6 Bildung mit der Vorlage dieses Schulpolitischen Programmes Rechnung.**

Der Landesfachausschuss legt Ihnen mit diesem Schulpolitischen Programm für Niedersachsen ein Konzept vor, dessen Verwirklichung die Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Schulen wiederherstellen würde.

An diesem Programm haben im LFA in den letzten gut 2 Jahren ausschließlich Praktiker mitgewirkt, denen die schulische Realität aus eigener Erfahrung bekannt ist und die jeden Tag selbst vor Klassen stehen. Ohne dieses ausschließlich ehrenamtliche und basisdemokratische Engagement der Mitglieder des LFA wäre die Erstellung dieses Programmes nicht möglich gewesen. Ihnen gilt unser ausdrücklicher Dank.



## Eine kurze Anmerkung in eigener Sache.

Bildungspolitik ist für den Erfolg der AfD in Niedersachsen entscheidend. Die Positionierung in der Bildungspolitik sollte daher für unsere Partei von Fachleuten vorgenommen werden, die unsere Politik mit einem Höchstmaß an Kompetenz und Erfahrung im Landtag vertreten können.

*Insofern würden wir Sie bitten, die Kandidatur von Harm Rykena (bildungspolitischer Sprecher im Landtag, ehemaliger Konrektor einer Grundschule) und Thorsten Althaus (Oberstudienrat an einem Gymnasium) zu unterstützen. Beide arbeiten schon jetzt sehr eng und vertraut zusammen und würden gerne die AfD Bildungspolitik im zukünftigen niedersächsischen Landtag zum Wohl unserer Kinder gestalten.*

Vielen Dank.



THORSTEN **ALTHAUS**

HARM **RYKENA**

## Präambel

In einer Demokratie steht der Bereich der Schulpolitik in einem wechselseitigen Beziehungsverhältnis zwischen der Familie und der jeweiligen Regierung. In Deutschland spiegelt sich dieses Verhältnis in den Artikeln 6 und 7 des Grundgesetzes wider.

Einerseits garantiert der Artikel 6 GG das „natürliche Recht“ der Eltern auf Pflege und Erziehung der Kinder. Andererseits wird dieses Recht auch als eine „zuvörderst [obliegende] Pflicht“ über dessen Betätigung die „staatliche Gemeinschaft“ wacht definiert. In Artikel 7 GG wird als Erstes die „Aufsicht des Staates“ über das „gesamte Schulwesen“ gesetzt, woraus in gängiger Praxis eine Schulpflicht interpretiert wird. Der Artikel 7 garantiert aber auch das Recht zur Errichtung von privaten Schulen, die wiederum einer staatlichen Genehmigung bedürfen.

In seiner Vorlesung „Über Erziehung unter öffentlicher Mitwirkung“ warnte Johann Friedrich Herbart im Jahre 1810, die Pädagogik einseitig als Wissenschaft in den Diensten des Staates zu betrachten. Er betonte vielmehr die Unabhängigkeit der Pädagogik, die als selbstständige Wissenschaft der Politik helfen könne.

„Denn niemals lernt derjenige eine Sache recht kennen, der damit anfängt, sie als Mittel zu etwas anderem zu betrachten; und eben so wenig verstehn diejenigen sich auf Erziehung, die, nachdem sie lange vorher mit staatskünstlerischen Theorien und frommen Wünschen sich getragen hatten, nun endlich aus Verzweiflung die Pädagogik – nicht etwa zu Hülfe rufen, - nein! Eine neue Pädagogik erfinden wollen, so wie sie sein müsste, und müsste sein können, um für jene politischen Theorien einen Strebefeiler abzugeben.“

Friedrich Schleiermacher betont hingegen in seinen bekannten Vorlesungen aus dem Jahre 1826 intensiv das Verhältnis von Erziehung bzw. Bildung und Politik und thematisiert dabei die besondere Bedeutung des Generationenverhältnisses. „Was will denn eigentlich die ältere Generation mit der jüngeren?“, lautet seine provokante Frage. Letztlich, so Schleiermachers Antwort, gehe es, bedingt durch die Sterblichkeit des Menschen, um den Fortbestand des Staates und seine sittliche Steigerung über den Wechsel der Generationen hinaus. Erziehung und Bildung sind diesem Verständnis folgend von fundamentaler politischer Relevanz, denn sie prägen grundlegend die gesellschaftliche Verfasstheit. Schleiermacher geht in seiner Beschreibung des Verhältnisses von Erziehung und Politik sogar noch einen Schritt weiter, wenn er sagt: „Die Politik wird nicht ihr Ziel erreichen, wenn nicht die Pädagogik ein integrierender Bestandteil derselben ist oder als ebenso ausgebildete Wissenschaft neben ihr besteht.“

„Je mehr das Gesamtleben im Staate praktisch gestört, theoretisch angesehen missverstanden ist, umso weniger kann eine richtige Ansicht bestehen in Beziehung auf die Einwirkung der älteren Generation auf die jüngere.“

Schleiermacher spricht hier eine grundlegende Frage an: Was bedeutet denn „Je mehr das Gesamtleben im Staate praktisch gestört, theoretisch angesehen missverstanden ist ...“?

Dies kann heißen, dass es keinen Konsens über die gesellschaftliche Ausrichtung, über ihre Identität, ihre Kultur und ihre Ziele gibt.

Diesen Konsens haben wir aber in den Werten der abendländischen Entwicklung, der Aufklärung, in staatlichen Verfassungen und in unserem Grundgesetz.

Unsere Sitten, Traditionen und Werte sind es, die jetzt aber wieder und wieder bedroht werden und immer neu erkämpft werden müssen, wodurch Friedrich Schleiermacher wieder Aktualität gewinnt.

## **Der verpflichtende Konsens sollte sich an vier schulpädagogischen Zielen ausrichten:**

**1** Erziehung zur Mündigkeit (Kant), Erziehung zum kritischen Bürger, Erziehung gemäß Grundgesetz zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Rechtsstaatlichkeit.

**2** Erziehung zur nationalen Identität, Geschichtsbewusstsein, Heimatliebe, Toleranz gegenüber anderen Völkern und Nationen.

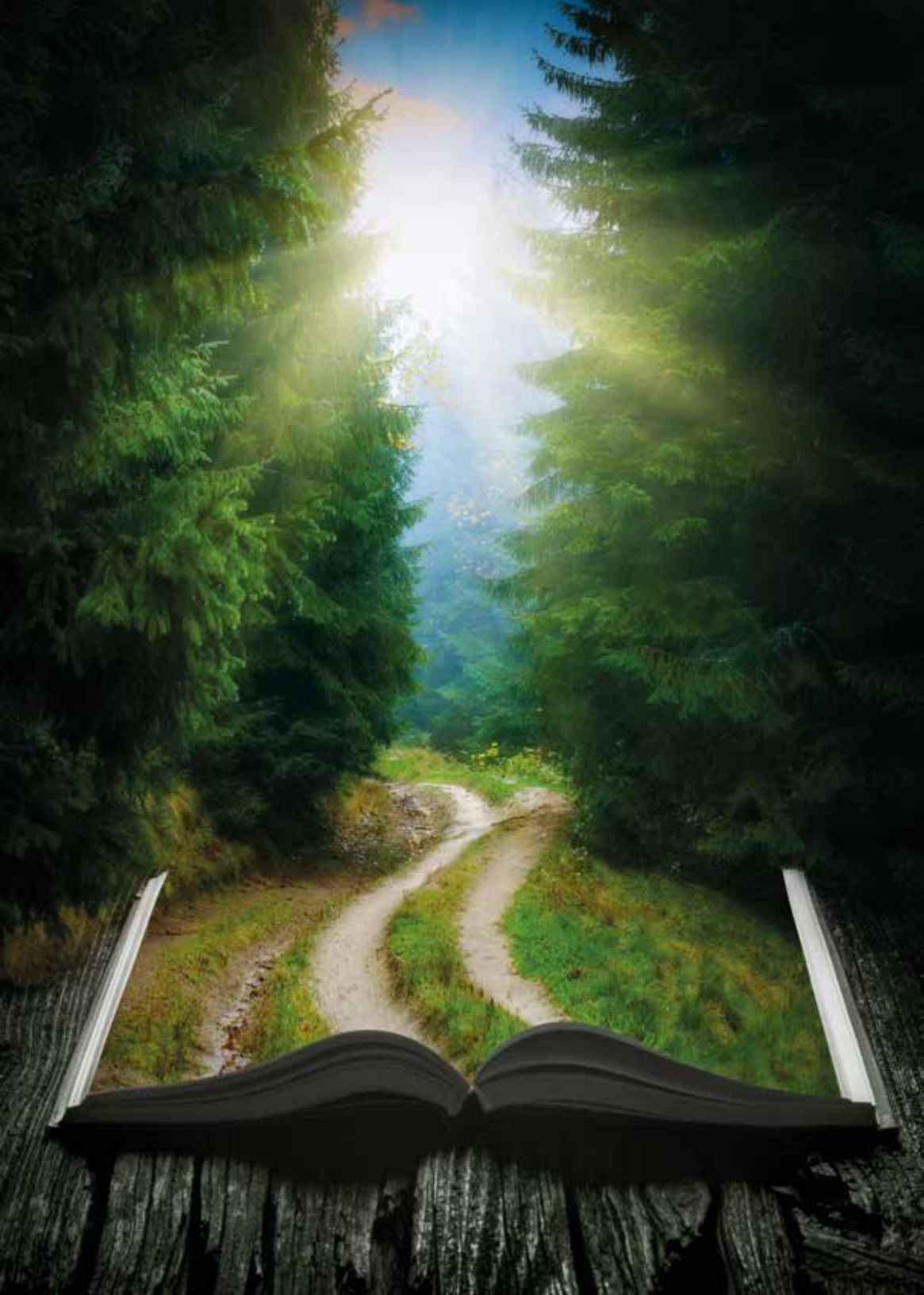
**3** Erziehung zum Leistungsgedanken, Förderung der Wissenschaften. Ziel ist ein selbstbestimmter Mensch, der für sich und seine Familie sorgen kann. Achtung ist allen Menschen, unabhängig ihrer Leistungsfähigkeit, entgegenzubringen. Für alle Menschen müssen wir einen Platz in unserer Gesellschaft finden. Aber jeder Einzelne ist gefordert, die Leistung für sich und die Allgemeinheit zu erbringen, zu der er fähig ist.

**4** In den Schulen und Hochschulen sollen und müssen neben den o.a. Werten und Grundvoraussetzungen natürlich Wissen, Kenntnisse und Fertigkeiten weitergegeben, neu erforscht und entwickelt werden gemäß dem humboldtschen Bildungsideal.



Ganz wichtig ist dabei der Leistungsgedanke. Die Schüler und Studenten sollen auf Leistung ausgerichtet werden. Diese Leistung ist auch durch Noten und Diplome zu prämiieren. Es geht in der Schule und Hochschule nicht um Spaß und Unterhaltung. Spaß und Interesse sind für die Sache zu entwickeln.

Die Alternative für Deutschland geht ebenfalls davon aus, dass alle Menschen gleichwertig, aber nicht gleich an sich sind. Wir akzeptieren, dass es Unterschiede in der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft gibt. Ebenso wie im Fußball und weiteren Sportarten, wo allgemein akzeptiert wird, dass nur die besten Spieler genommen werden, gilt das auch für alle anderen Lebensbereiche. Es gibt Spitzensportler, Spitzenwissenschaftler, Spitzenpolitiker usw. - deshalb kann es in einer Gesellschaft nur ein Streben nach Chancenausgleich, aber keine absolute Gleichheit der Möglichkeiten geben.



## Begriffsdefinitionen

Die Alternative für Deutschland Niedersachsen erhebt mit diesem schulpolitischen Programm den Anspruch, Ziele und den grundlegenden Aufbau eines erneuerten niedersächsischen Schulsystems darzustellen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen zunächst wichtige Begriffe der Pädagogik definiert werden, um im Folgenden begriffliche Unschärfen bzw. Ungenauigkeiten im Verständnis zu vermeiden.

### Menschenbild

Der Mensch ist ein Wesen, bestehend aus Körper, Geist und Seele. Er ist weiblichen oder männlichen Geschlechts. Jeder Mensch hat einen Vater und eine Mutter, von denen er abstammt. Niemand sucht sich selbst seine Zugehörigkeit zu Geschlecht, Familie oder Volk aus. Das familiäre Umfeld bestimmt die Ausgangslage für die Entwicklung jedes einzelnen Menschen. Familien, in denen liebevolle Gemeinschaft gelebt wird, bieten die besten emotionalen Voraussetzungen für seine Entwicklung. Diese sind eingebettet in die historisch-kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung ihres Vaterlandes. Sowohl von den leiblichen, geistigen und seelischen Anlagen her sind wir Menschen verschieden und nicht gleich. Eine Gleichheit resultiert lediglich aus der Anerkennung gleicher Würde im Sinne einer Gleichwertigkeit aller Menschen trotz ihrer Verschiedenheit. Daher erkennen wir als deutscher Staat im Grundgesetz die Würde, das Recht auf Leben, freie Entfaltung und Gleichheit vor dem Gesetz an.

### Übergeordnetes Leitziel: Erziehung als Aufklärung

Im Sinne Immanuel Kants meint Erziehung allgemein die „Herausführung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“.

## Erziehung

Der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Brezinka definiert Erziehung als „Handlungen [...], durch die Menschen versuchen, das Gefüge der psychischen Dispositionen anderer Menschen in irgendeiner Hinsicht dauerhaft zu verbessern oder seine als wertvoll beurteilten Bestandteile zu erhalten oder die Entstehung von Dispositionen, die als schlecht bewertet werden, zu verhüten.“

Daraus ergibt sich nach Klaus Hurrelmann, dass „Erziehung die soziale Interaktion zwischen Menschen, bei der ein Erwachsener planvoll und zielgerichtet versucht, bei einem Kind unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und der persönlichen Eigenart des Kindes erwünschtes Verhalten zu entfalten oder zu stärken. Somit ist Erziehung ein Bestandteil des umfassenden Sozialisationsprozesses; der Bestandteil nämlich, bei dem von Erwachsenen versucht wird, bewusst in den Prozess der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern einzugreifen - mit dem Ziel, sie zu selbständigen, leistungsfähigen und verantwortungsvollen Menschen zu bilden“.

## Grundsätze der Erziehung

Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.

## Bildung

„Bildung ist die umfassende Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten während des ganzen Lebens. Sie vereinigt gleichermaßen die Verfolgung humanistischer und utilitaristischer Ziele. Sie befähigt das Individuum zum selbstständigen Lernen, zum Erkennen von Problemen, zur Entwicklung der Fähigkeit, sich sachgerecht mit Konflikten auseinander zu setzen und vernünftige Lösungsstrategien zu erarbeiten. Durch die Befähigung zur Abstraktion — weg von der eigenen Person, hin zum eigentlichen Problem — verhilft sie dem Menschen, einen friedlichen Ausgleich zwischen intra- und interpersonalem Interessen zu erreichen. Sie erweckt im Menschen dadurch das Bedürfnis, einen höheren Grad der Vervollkommnung erreichen zu wollen.“ *(Klaus Westensee, Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen, 1998)*

## Bildungsauftrag

Weiterhin stehen wir als Teil unserer staatlichen Gemeinschaft für die Unverletzlichkeit des Glaubens, des Gewissens sowie des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses jedes deutschen Staatsbürgers ein.

Dass im Wesentlichen die Eltern als mündige Staatsbürger darüber entscheiden, wird durch den Artikel 6 des Grundgesetzes garantiert und in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt. Der deutsche Staat unterstützt lediglich die Familien entsprechend der Eignung ihrer Kinder bei der Ausübung ihres Erziehungs- und Bildungsauftrags. In diesem Sinne ist der Artikel 7 des Grundgesetzes auszulegen, welcher die Aufsicht des Staates über das gesamte Schulwesen festlegt.



**Die Landesregierungen dürfen nicht unabhängig von den Eltern über Erziehung und Bildung bestimmen. Sie dürfen die Grundrechte nicht durch Indoktrination jeglicher Art verletzen.**

Als niedersächsische Alternative für Deutschland verpflichten wir uns dazu, diese Grundsätze bei der Organisation von Erziehung und Bildung zu achten und zu pflegen.

Im Allgemeinen dient die Erziehung der Aneignung bestimmter Gewohnheiten, die von den Eltern als sinn- und wertvoll erachtet werden. Bildung dient hingegen der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten, die als sinn- und wertvoll erachtet werden. Erziehung geht in gewisser Weise der Bildung voraus, da wir uns Wissen und Fertigkeiten am besten aneignen können, wenn wir eine dem Lernerfolg entsprechende Einstellung wie Anstrengungsbereitschaft, Disziplin oder Ordnungsliebe mitbringen.



Agenturfoto. Mit Modell gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.

## 1. Grundsätze

Die Alternative für Deutschland tritt im öffentlichen Schulwesen für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges Schulsystem ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zum bewährten dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, welches über Jahrzehnte durch hervorragende Bildungserfolge den Wohlstand Deutschlands sicherte und weltweit als Vorbild diente. Die völlig unnötige Abschaffung dieses erfolgreichen Schulsystems und die zunehmende Ersetzung durch eine ideologisierte Einheitsschule lehnt die Alternative für Deutschland damit entschieden ab.

Dieses erfolgreiche Schulsystem, das die jungen Schüler in ihrer Entwicklung zu selbstständig denkenden Staatsbürgern und Berufstätigen unterstützt, basiert auf Erfahrung und Realitätssinn. Es verzichtet darauf, wirklichkeitsfremde Erwartungshaltungen zu erzeugen und erkennt an, dass Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft individuell unterschiedlich ausgeprägt sind. Die einzelnen Schüler können ihre auf verschiedenen Gebieten unterschiedlich

# 1. GRUNDSÄTZE

ausgeprägten Befähigungen und Begabungen nutzen, um bedeutsame und anspruchsvolle Lerngegenstände zu durchdringen, diese zu verknüpfen und anzuwenden. Dazu sind in der Regel Anstrengung und Fleiß unverzichtbar. Das erfolgreiche Ergebnis stellt Leistung im schulischen Sinne dar, der reine Versuch nicht. Diese Leistung wird vom Lehrer in Form von Noten (1-6) bewertet. Diese Noten erlauben dem Schüler einen Überblick über seinen Leistungsstand. Schriftliche Gutachten über den Leistungsstand der Schüler lehnen wir ab, da diese den wirklichen Kenntnisstand der Schüler verschleiern und in der Regel lediglich durch die Verwendung von Textbausteinen formuliert werden. Sie können keinesfalls die Noten ersetzen, die nach empirischen Untersuchungen auch von den Schülern befürwortet werden.



**Lehrer vermitteln Sachzusammenhänge in geplanter und strukturierter Form. Sie besitzen einen Wissens- und Erfahrungsvorsprung, den sie verantwortungsvoll einsetzen.**

Wie in allen Lebensbereichen kann Leistung aber auch von Schülern und Lehrern nur dann erzielt werden, wenn sie ihre Aufmerksamkeit konzentrieren können und nicht fortwährend aufspalten müssen. Dies setzt voraus, dass es für jede Klasse ein gemeinsames Lernziel gibt, das von allen Beteiligten erreicht werden muss. Die unbedingt notwendige Zeit für Vertiefungen und Übungen wird nur dann zur Verfügung stehen, wenn die Schule sich auf ihren Kernbereich konzentriert: den leistungsorientierten Fachunterricht.

Um die Konzentration der Schule auf diese Kernaufgaben gewährleisten zu können, muss zur Kenntnis genommen werden, was Schule nicht oder kaum leisten kann:



Sie darf und kann insbesondere nicht der Ort sein, weltfremde Blümenträume selbsternannter gesellschaftlicher „Eliten“ zu erproben. Neben der Radikal-Inklusion ist hier u. a. die „individuelle Förderung eines jeden Schülers“ zu nennen, die als Allheilmittel propagiert und eingefordert wird. Utopien dieser Art sind im Unterricht nicht durchführbar, sorgen bei den Lehrern für massive Überforderungssymptome und verschleißten in unverantwortlicher Weise Finanzmittel und vor allem das Lehrpersonal.



**Die Schule kann nur sehr begrenzt ein Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Probleme sein, deren ehrlicher Analyse sich die etablierten Parteien verweigern.**

So wird der verpflichtenden Ganztagschule zugeschrieben, Kinder aus Unterschichtmilieus herausführen zu können. Auch wenn diese Hoffnung sympathisch klingt, muss man nüchtern feststellen, dass Schule in der Wirklichkeit dafür nur bedingt geeignet ist. Offensichtlich hat sie einen geringeren Einfluss auf junge Menschen als in früheren Zeiten. Medien und soziale Gruppen hingegen, die nicht den klassischen Werten der Mittelschicht folgen, scheinen Kinder und Jugendliche in der Regel nachhaltiger zu prägen als vermeintlich gutgemeinte pädagogische Konzepte. Die fehlende Vielfalt an sozialen Verbindungen der Schüler zur Familie, zu Vereinen, Freundschaftsgruppen, Musikschulen usw. kann von einer Ganztagschule nicht ersetzt werden. Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote können ihren begrenzten Beitrag zur Milderung der Probleme besser und gleichzeitig kostengünstiger leisten. Insbesondere darf die Leistung der Vereine für die Entwicklung der Heranwachsenden und den Zusammenhalt der Gesellschaft

# 1. GRUNDSÄTZE

nicht unterschätzt werden. In ihnen können sich Kinder und Jugendliche in ganz anderen Konstellationen als in der Schule zusammenfinden. Diese wertvolle gesellschaftliche Arbeit wird durch die verpflichtende Ganztagschule massiv gefährdet:

Das einzige realistische, sinnvolle und finanzierbare Ziel einer – allerdings freiwilligen – Ganztagsbeschulung besteht darin, den Wunsch vieler berufstätiger Eltern nach Betreuung und Verpflegung ihrer Kinder sicherzustellen. Bildungs- und Freizeitangebote können zu nicht geringen Teilen von seriösen außerschulischen Trägern, aber auch von älteren Schülern angeboten werden, die sich in den Bereichen Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe schon jetzt vielerorts bewähren:

Mehr Realitätssinn muss die Schulpolitik auch in anderer Hinsicht beweisen: Die unterschiedliche Ausprägung intellektueller wie praktischer Befähigungen kann durch kein Schulsystem aufgehoben werden. Zudem ist die Annahme irrig, dass eine allgemeine Vergabe des Abiturs einen gesellschaftlichen Fortschritt darstelle. Vielmehr zeigt sich, dass eine solide handwerkliche oder auch kaufmännische Ausbildung von Fall zu Fall die tragfähigere Basis für ein geordnetes Erwerbsleben bieten kann, um eine leistungsstarke Gesellschaft für den wirtschaftlichen Erfolg sowie die kulturelle und soziale Entwicklung eines jeden zu gewährleisten. Wir setzen uns dementsprechend für eine Stärkung des dualen Systems und die deutliche Profilschärfung der allgemeinbildenden Schulen ein. Die verschiedenen Schulformen müssen den unterschiedlichen Lernprozessen und -geschwindigkeiten Rechnung tragen. Diese äußere Differenzierung ist zudem eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Schüler sich Erfolgserlebnisse und Selbstbewusstsein erarbeiten können:

Werden Kinder durch zu wenig äußere und zu viel innere Differenzierung – wie in der Einheitsschule – ständig dem direkten internen Vergleich ausgesetzt, verkehrt sich die vermeintlich gute Absicht ins Gegenteil: Schüler vergleichen ohnehin ihre Erfolge, ob mit Noten oder ohne. Ein einzelner Misserfolg wird aber in der Einheitsschule vom Kind kaum mehr als grundsätzlich überwindbar empfunden, sondern eher als Ausdruck seiner permanenten Chancenlosigkeit im Vergleich zu den leistungsstärkeren Mitschülern.

„Eine Schule für alle“ verringert somit die Bildungsunterschiede nicht, sie verstärkt sie vielmehr noch, zumal sich auch die leistungsstärkeren Schüler durch eine ständige Unterforderung frustriert abwenden und sich alternative Lernorte suchen, die ihren Wünschen nach interessanten Lerninhalten und guten Berufschancen gerechter werden.

Wenn die staatlichen Schulen ihnen diese nicht bieten, werden private Schulträger diese Lücke füllen. In der gegenwärtigen Lage führt dies zu einer Zurückdrängung des Grundsatzes des Aufstieges durch Leistung zugunsten des „Aufstiegs durch den Geldbeutel“. Die Forderung nach „einer Schule für Alle“ lehnt die Alternative für Deutschland deshalb als einen gesellschaftlichen Rückfall in Zeiten ab, in denen lediglich die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern über den Schulabschluss entschied. Zahlreiche Beispiele von Politikern der Altparteien, die ihre eigenen Kinder in Privatschulen und nicht in den staatlichen Gesamtschulen unterrichten ließen, belegen diese Aussage (bei äußerer Differenzierung hingegen – also im gegliederten Schulsystem – treten diese Effekte deutlich zurück):

Die Entwicklung eines Selbstvertrauens, das auf einem realistischen Selbstbild basiert, setzt ferner voraus, dass die

# 1. GRUNDSÄTZE

Schüler nicht bewusst im Unklaren über ihre Stärken und Schwächen gelassen werden. Beim Lernprozess sucht jedes Kind intuitiv nach klaren fachlichen Rückmeldungen über seinen Leistungsstand. Nur mit ehrlichen und zügigen Rückmeldungen kann es ein Gespür dafür entwickeln, in welche Richtung es sich weiterentwickeln sollte. Ohne Abgrenzung zum Misserfolg wird dem Kind zudem nicht deutlich, wo es tatsächlich und eigenständig Erfolge erzielt hat. Nur dann, wenn es durch Ausdauer, Fleiß und Leistung vorankommt und dadurch die unvermeidlich auftretenden Rückschläge und Enttäuschungen überwindet, wird es befriedigt feststellen können, dass es seinen Erfolg im Wesentlichen selbst bewirkt hat. Um diese Erfolge und das daraus erwachsende Selbstvertrauen erleben zu können, müssen die vom Schüler zu erschließenden Zusammenhänge vorrangig fachlicher Art sein. Rein kompetenzorientierte, also ausschließlich auf Lösungsmethoden ausgerichtete Lernziele sind dazu ungeeignet. Sie basieren auf der Fehlannahme, dass feste Fachkenntnisse überflüssig seien, da sie angeblich ohnehin schnell veralteten. Die fachlichen Inhalte seien nur noch ein notwendiges Übel, um die Methoden zu lernen, und seien dementsprechend beliebig austauschbar. Tatsächlich jedoch sieht sinnvolles Lernen anders aus: Setzt sich ein Schüler mit einem Lerngegenstand fachlich auseinander – im naturwissenschaftlichen Unterricht beispielsweise mit einem eindrucksvollen Naturphänomen – und findet insbesondere eine Ergebnissicherung statt, wird er mit großer Wahrscheinlichkeit zu Hause berichten, dass er am Vormittag diesen Sachverhalt verstanden habe. Die fachlichen Methoden verinnerlicht er dabei durch die fachliche Auseinandersetzung, und zwar bei jedem weiteren Sachzusammenhang immer ein wenig mehr. Nach und nach erkennt er auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Fachmethoden und lernt so zu differenzieren. Fachwissen ist die

unabdingbare Grundlage eines jeden Lernerfolges und muss damit als zentrales Ziel des Unterrichtes festgeschrieben werden.

Außerdem erlernen Schüler durch einen gut geführten Fachunterricht selbstständiges Arbeiten. Denn Schüler lernen selbstständiges Arbeiten nicht dadurch, dass der Lehrer ihnen sagt, sie sollen selbstständig arbeiten. Vielmehr sind sie zunächst auf die Anweisungen der Lehrer angewiesen, die ihnen zeigen, wie sie sich das jeweilige Fachwissen durch Methoden und Übungen aneignen können. Dies ist ein sehr langwieriger, oftmals jahrelanger, Prozess, der die Schüler an Leistung und Ausdauer, sowie an die ständige Auseinandersetzung mit alten und neuen Fachfragen gewöhnt. Erst wenn dieser Grundstein gelegt ist, kann der Schüler je nach Fähigkeit zur Selbständigkeit animiert werden.



**Diese pädagogischen Prinzipien sind nicht neu. Sie wurden mit ausgesprochen gutem Erfolg verwirklicht, bevor sie von fragwürdigen und unnötig vorgenommenen Reformen an die Seite gedrängt wurden. Hierunter leidet unser derzeitiges Schulsystem nachhaltig.**

Aus all diesen Gründen basiert das von uns favorisierte Schulsystem nicht auf pädagogischen oder didaktischen Modetrends, sondern auf den bewährten Fächern, und vermittelt grundlegende Fachkenntnisse, wie sie auch im Berufsleben und im Studium unabdingbar sind, die ein erfolgreiches Berufsleben und Studium ermöglichen.

### 2. Schulformübergreifende Forderungen

#### 2.1 Profilbildung

Die weiterführenden Schulformen müssen eigenständige Profile erhalten, die der jeweiligen Zielgruppe angemessen sind. Nichtgymnasiale Schulformen als abgespeckte Gymnasien zu betrachten und zu gestalten, ist ein Fehler.

Zur Profilbildung gehört auch, dass entsprechend der Schulform verstärkt lebenspraktische Bedürfnisse Eingang in die Curricula finden. So ist etwa die Vermittlung von praktischem Finanzwissen, etwa über Anlage- und Versicherungsprodukte und deren Kosten und Nutzen, für den künftigen Lebensweg von großem Nutzen.

#### 2.2 Wiedereinführung Schullaufbahnempfehlung

Wir fordern neben der verstärkten Profilbildung der Schulformen die Wiedereinführung der Schullaufbahnempfehlung. Die konkrete Wahl der richtigen Schulform muss dabei in der Verantwortung der Eltern bleiben. Wer jedoch ohne eine entsprechende Empfehlung eine Schulform besucht, muss sich in Klasse 5 einem Probejahr stellen oder eine Eingangsprüfung absolvieren. Eine vereinfachte Rückstufung zur empfohlenen Schulform muss – wie es bis zur Schulgesetznovelle 2015 die Regel war – auch in Klasse 6 wieder möglich werden. Allerdings müssen die Übergänge zwischen den Schultypen je nach Leistungsfähigkeit möglichst durchlässig und flexibel gestaltet werden.

### 2.3 Abkehr von der „Kompetenzorientierung“

Wir fordern die Abkehr vom Irrweg der sog. „Kompetenzorientierung“ zugunsten des bewährten, an Fachinhalten ausgerichteten Unterrichts.

Die auf Drängen der OECD nach dem „PISA“-Schock eingeführte „Kompetenzorientierung“, die Kompetenzen und Inhalte zu trennen versucht und den Inhalten einen untergeordneten Wert beimisst, ist nicht nachhaltig. Bildung über Kompetenzraster empirisch erfassen zu wollen, ist unsinnig. Dieses ist nur auf kurzfristige Verwertbarkeit gerichtet und kann damit nicht im Interesse eines Bildungsverständnisses liegen, welches auf die Erziehung zum mündigen und urteilsfähigen Bürger abzielt.

Bedingt durch die Abwertung der Fachinhalte und eine durch willkürliche Auswahl von Fachmodulen entstehende Lückenhaftigkeit des Stoffkanons fehlt damit der Wissensfundus, in den man neue Erkenntnisse und Erfahrungen einordnen und integrieren kann.

Dieser Bildungsverfall wird hinter wohlklingenden Worten versteckt, macht sich aber mittlerweile in Hauptfächern wie Deutsch und Mathematik negativ bemerkbar.

Klagen von Professoren über beispielsweise großflächig lückenhafte Mathematikkenntnisse von Abiturienten nehmen ständig zu, so dass verstärkt Brückenkurse und Eingangsprüfungen eingerichtet werden müssen.

Im Interesse der Sicherung bzw. Wiederherstellung der Ausbildungs- und Studierfähigkeit unserer Schulabgänger, der Innovationskraft unserer Wirtschaft und der Qualität der von

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

ihr produzierten Güter und Dienstleistungen sowie der Befähigung zur informierten Mitwirkung am politischen Willensbildungsprozess ist hier dringend eine grundsätzliche Kurswende notwendig.

Deshalb fordern wir, dass die Fachinhalte wieder in den Mittelpunkt rücken und zu einer realistischen Sichtweise des Wissens- und Qualifikationserwerbs zurückgekehrt wird. Damit einher geht die Einführung eines zentralen landesweiten Bildungskanons, also verbindlicher Unterrichtsinhalte für jede einzelne Schulform und für alle Fächer. Dieser Bildungskanon legt fest, welche Inhalte verbindlich gelehrt werden. Diese Festlegungen dürfen nicht durch kompetenzorientierte Kerncurricula aufgeweicht werden oder lediglich in schulinternen Arbeitsplänen geregelt werden. Kerncurricula und schulinterne Arbeitspläne sind abzuschaffen.

### 2.4 Inklusion



#### Inklusion zielt auf Abschaffung der Mehrgliedrigkeit

Inklusion zielt auf die Schaffung eines Einheitsschulwesens. Dies beinhaltet die Abschaffung der Förderschulen, die de-facto-Abschaffung von Gymnasien und die Auflösung von Haupt- und Realschulen. Die AfD ist die politische Kraft, die für eine Rückabwicklung der Inklusion und für die Wiedererrichtung bzw. Erhaltung der Förderschulen als Teil eines mehrgliedrigen integrativen Schulwesens arbeitet.



#### Integrative statt inklusive Beschulung

Deutschland hat sich gemäß der amtlichen deutschen Übersetzung der UN-Behindertenkonvention (UN-BKR) in Artikel 24



## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

zu einem „integrativen Bildungssystem auf allen Ebenen“ verpflichtet. Die Bundesrepublik hat sich NICHT zu einem inklusiven Schulsystem verpflichtet und ist als Vertragsstaat selbst im Rahmen ihrer Souveränität für die Umsetzung der Konvention zuständig. Von dieser Möglichkeit ist zum Wohle der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen Gebrauch zu machen.

Die AfD Niedersachsen unterstützt im Einklang mit der UN-BRK die vor 2012 bereits bewährten Formen der integrativen Beschulung. Diese erlaubt die Aufnahme in eine Regelschule bei entsprechendem Elternwunsch ausschließlich dann, wenn die Leistungsvoraussetzungen für die entsprechende Schulform gegeben sind.

Die AfD spricht sich neben dem Erhalt Förderschulen auch für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in speziellen Förderklassen aus, die an den Regelschulen geschaffen werden und im Sinne der Kooperation mit Partnerklassen zusammenarbeiten. Diese Formen der Beschulung garantieren die Schaffung eines Lernumfelds für Schüler mit Förderbedarf, in dem jeder optimal und seinen Bedürfnissen entsprechend lernen kann. So gelingt Teilhabe am schulischen Miteinander und zugleich eine hochwertige Förderung. Die hochqualifizierten Förderschullehrkräfte können optimal eingesetzt werden und kindgerecht arbeiten; pädagogische Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration sind wesentlich erfolgreicher.



### Neuerrichtung des Förderschulwesens, insbesondere mit dem Schwerpunkt Lernen

Die AfD vertritt die Auffassung, dass Förderschulen „besondere Maßnahmen zur Beschleunigung und Herbeiführung

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

der Gleichberechtigung von Schülern mit Behinderungen“ gemäß Art. 5 (4) UN-BRK sind. Deshalb gelten Förderschulen nicht als Diskriminierung. Förderschulen werden den Zielen der UN-Konvention viel besser gerecht als es das extrem teure und trotzdem chronisch unterfinanzierte, sowie ineffektive System der Inklusion an Regelschulen sein kann. Die Abschaffung der Förderschulen hält die AfD Niedersachsen nicht mit den Bestimmungen des Grundgesetzes vereinbar. So heißt es in der offiziellen Stellungnahme Deutschlands (German Statement) zum Entwurf des Rechtskommentars für den Art. 24 UN-BRK: „[Das] Bildungssystem in Deutschland ist auf dem natürlichen Recht der Eltern zur Bestimmung der Erziehung und Bildung ihrer Kinder aufgebaut, und das wird im Art. 6 (2) des Grundgesetzes garantiert. Ein Bildungssystem, das den Eltern die Möglichkeit gibt, zwischen Inklusion auf regulären Schulen und Sonderschulen zu wählen, folgt diesen grundgesetzlichen Prinzipien.“

Die Grundrechte der Eltern, für ihre Kinder die geeignetste Schulform zu wählen, wurde mit der Schließung der Förderschulen Lernen verletzt. Bei einer Übernahme der Regierungsverantwortung wird die AfD die Grundrechte der Eltern und ihrer Kinder durch die Neuerrichtung der Förderschulen Lernen wiederherstellen.



### Zielgleicher statt zieldifferenter Unterricht

In einem mehrgliedrigen Schulwesen werden in jeder Schulform für sich genommen gleiche Anforderungen gestellt und die Schüler gemäß dem Erreichen oder dem Nichterreichen dieser Anforderungen bewertet. Der zielgleiche Unterricht bietet somit den Schülern klare Regeln und Orientierung. Er vereinfacht auch die Arbeit der Lehrer bei der Vorbereitung, Betreuung und der Notenvergabe. Bei dieser Unterrichtsform

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

können sich Lehrer vor allem auf die Vermittlung des Unterrichtsinhalts konzentrieren.

Die inklusive Idee einer zieldifferenten Beschulung stellt Lehrer und Schüler vor unmögliche Herausforderungen. Lehrer sollen innerhalb einer Schulklasse verschiedene Unterrichtsinhalte entsprechend der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Schüler vermitteln und auch noch unterschiedlich bewerten. Es wird praktisch gefordert, Unterrichtseinheiten verschiedener Schulformen gleichzeitig zu vermitteln.

Zieldifferenten Unterricht widerspricht bereits im Wortlaut der postulierten Idee eines gemeinsamen Lernens. Wo jeder Schüler ein anderes Ziel verfolgt, kann es kein gemeinsames Lernen geben. Nur da, wo es gleiche Unterrichtsziele gibt, kann sich auch gemeinsames Lernen und eine Klassengemeinschaft herausbilden.

Die unterschiedliche Bewertung gleicher Leistungen widerspricht dem Gerechtigkeitsempfinden der Schüler und zerstört so dauerhaft ihre Leistungsbereitschaft. Die Klassengemeinschaft zerfällt in eine Klassengesellschaft aus einzelnen Individuen.



Agenturfoto. Mit Modell gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN



### Inklusion führt zu einer Verminderung der Qualität der Unterstützungsmaßnahmen

Die flächendeckende Inklusion an Regelschulen hat zu einer erheblichen Verschwendung von Lehrerstunden und Reibungsverlusten beim Unterricht geführt. Es ist festzustellen, dass sich seit der Einführung der Inklusion die Anzahl an Förderlehrern nicht signifikant erhöht hat.

Derzeit verbringt im inklusiven System jeder Schüler mit dem Förderbedarf Lernen nur wenige Wochenstunden im Unterricht mit einer ausgebildeten Förderschullehrkraft. Dagegen gewährleisteten die bisherigen Förderschulen Lernen eine deutlich bessere Förderung: kleinere Lerngruppen mit

durchschnittlich 10 Kindern und Unterricht, ausschließlich durchgeführt von Förderschullehrern mit dem passenden Förderschwerpunkt.

Weiterhin macht die Inklusion aus vielen Förderlehrern Wanderlehrer, die von Schule zu Schule pendeln müssen. Die Zeit, die sie für das Pendeln benötigen, ist nicht mal eingerechnet. Die Inklusion degradiert die speziell ausgebildeten Förderschullehrer praktisch zu Hilfslehrkräften, weil diese keinen Klassenunterricht mehr durchführen, sondern in ihrer Arbeit auf die Beratung und individuelle Förderung im Unterricht anderer Lehrkräfte beschränkt werden.

Anstatt Lehrkräfte für bestimmte Förderschwerpunkte auszubilden, gehen einige Bundesländer dazu über, die Ausbildung zum Förderlehrer zu vereinheitlichen. Dies führt notwendig zu einer Verflachung der Ausbildung und wird den Bedürfnissen der Schüler mit Unterstützungsbedarf nicht

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

gerecht. Die AfD Niedersachsen wird an der speziellen Ausbildung von Förderlehrern festhalten, um die Qualität des Unterrichts für Schüler mit Unterstützungsbedarf zu gewährleisten.

Weiterhin ist die Feststellung des Förderbedarfs für Schulleitungen und Lehrkräfte, insbesondere an den Grundschulen, zu kompliziert und bürokratisch. Hier fordern wir eine deutliche Vereinfachung. Zudem muss der Expertenmeinung bei der Entscheidungsfindung ein möglichst hohes Gewicht zukommen.

Aufgrund der mangelnden Anzahl an Förderlehrkräften übernehmen Schulleitungen bzw. Schulbegleiter die individuelle Förderung, obwohl sie für diese Aufgabe meist nicht ausreichend ausgebildet oder vorbereitet worden sind. Die immer weiter steigende Anzahl an Schulbegleitern belastet die Haushalte der Kommunen und den Alltag der Schulen.

Zusätzlich werden die dringend benötigten Förderlehrer an sogenannten Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule (RZI) nur noch für die Beratung und Koordination statt für den Unterricht selbst eingesetzt.

Diesen negativen Folgen wird die AfD bei einer Übernahme der Regierungsverantwortung entgegenwirken.



### **Rückabwicklung der Inklusion – eine unerlässliche Notwendigkeit!**

Die Einführung der Inklusion zum Schuljahr 2013/14 begann unter der damaligen Regierung aus CDU und FDP. Diese Entscheidung eröffnete der darauffolgenden Regierung aus

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

SPD und Grünen die Möglichkeit, eine flächendeckende Ausweitung der Inklusion durchzuführen. Die rot-grüne Koalition kannte keine Gnade und trat mit der Abwicklung vieler Förderschulen im Grundschulbereich sowie der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen bei den weiterführenden Schulen die Rechte von Eltern und Schülern mit Füßen. Die Inklusion hat das Schulwesen ins Chaos gestürzt und viel Leid bei Schülern, Eltern und Lehrern in Niedersachsen angerichtet. Die von den Altparteien getragenen Änderungen haben sich als die umfangreichste Zerstörung des Schulwesens seit Jahrzehnten erwiesen. Durch den damit einhergehenden Niveauverfall ist ein unwiederbringlicher Schaden für alle Schüler entstanden.

Die AfD Niedersachsen wird schrittweise für eine Rückabwicklung der Inklusion zum Wohle der Schüler, Eltern und Lehrer arbeiten.

### 2.5 Ganzttag

#### **Ganzttag ja, aber nur freiwillig und nicht flächendeckend**

Die ganztägige Beschulung soll eine Ausnahme bleiben. Sie kann lediglich in sozialen Brennpunkten eine sinnvolle Maßnahme zur Stabilisierung der sozialen Verhältnisse darstellen. Diese Aufgabe sollte aber vorrangig von Sozialpädagogen und anderen pädagogischen Hilfskräften übernommen werden. Diese sind kostengünstiger als Lehrkräfte und werden zudem für diese Aufgabe entsprechend ausgebildet.

#### **Flächendeckender Ganzttag ist eine fehlgeleitete sozialpolitische Maßnahme**

Der Ganzttag ist kein bildungspolitisches, sondern ein sozialpolitisches Instrument. Ganzttag ist Betreuung und kein

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

Unterricht. Dass Schüler nach sechs Stunden Unterricht und einer Mittagspause wieder effektiv lernen könnten, ist ein völliges Missverständnis der Realität. Im besten Falle ist der Ganztags eine sehr teure Hausaufgabenbetreuung. Im schlimmsten Falle ist es eine fehlgeleitete, sehr teure sozialpolitische Maßnahme, die das Kindeswohl gefährdet.

Der Ganztags dient in erster Hinsicht der Förderung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile, welche der kindgerechten Erziehung zuwider läuft.

Die hohen Kosten der Ganztagsbetreuung werden durch den erhöhten Personalaufwand an Lehrkräften verursacht. Diese Lehrerstunden werden nicht für den Unterricht, sondern für die Nachmittagsbetreuung eingesetzt. Neben der Inklusion ist der Ganztags die Hauptursache für den Lehrermangel und den massiven Unterrichtsausfall an Schulen.

Flächendeckender Ganztags steht im unlauteren Wettbewerb zum Familien- und Vereinsleben.



Agenturfoto. Mit Modell gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.

### 2.6 Hausaufgaben

Hausaufgaben sind eine zwingende Notwendigkeit und sind regelmäßig zu erteilen. Sie sichern die vertiefende Vor- bzw. Nachbereitung des Unterrichtes und besitzen damit einen hohen Stellenwert. Sie sind eine Vorbereitung für selbständiges Lernen.

Die AfD Niedersachsen spricht sich eindeutig gegen die systematische ideologische Abwertung von Hausaufgaben aus.

### 2.7 Schulen und Migration

Schüler mit guten deutschen Sprachkenntnissen dürfen infolge des massiven Zuzugs von Kindern, die kein oder kaum Deutsch sprechen, nicht in ihrer schulischen Entwicklung beeinträchtigt werden.

Schon jetzt haben vor allem islamische Migranten ungewöhnlich häufig schulische Probleme, die oftmals auch durch die schlechte Beherrschung der deutschen Sprache bedingt sind. Anstatt diese Probleme zu analysieren und zu lösen, wollen SPD und Grüne Türkisch und Arabisch zu regulären Schulfächern machen. Darüber hinaus wollen sie sogar die Möglichkeit schaffen, dass Abiturienten diese Sprachen als Prüfungsfach belegen können. Dies stellt eine Bevorzugung der ausländischen Schüler vor deutschen Schülern dar und vermittelt weiterhin den Eindruck, als sei die Beherrschung der deutschen Sprache in Deutschland für Ausländer unnötig.

Kulturelle Unterschiede und Unvereinbarkeiten sowie sprachliche und fachliche Defizite bei kürzlich zugewanderten Schülern mit Migrationshintergrund erfordern umfassende Maßnahmen, um auch diesen Schülern mittelfristig Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen.



## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

Wir fordern vor der Aufnahme an einer Schule bei sprachlichen Defiziten den verpflichtenden Besuch und Abschluss entsprechender Sprachkurse, sowie bei großen kulturellen Unterschieden, den ebenfalls verpflichtenden Besuch von Integrationskursen.

Fachliche Aufnahmevoraussetzungen für die verschiedenen Schulformen müssen auch von Schülern mit Migrationshintergrund nachweislich erfüllt werden. Eine schulische Ausbildung hat selbstverständlich nur für Schüler mit Bleibeperspektive stattzufinden, illegal im Land befindliche Migranten sind nicht zu beschulen.

Da in Niedersachsen zudem der islamische Religionsunterricht ausgebaut wird und viele weitere Fächer bilingual unterrichtet werden dürfen, droht die vermehrte Bildung von Klassen, in denen muslimische Schüler in einer wachsenden Zahl an Fächern von muslimischen Lehrern in fremder Sprache unterrichtet werden. Dies lehnt die AfD strikt ab. Nicht nur wird der Wert des Abiturs noch zweifelhafter werden, vor allem droht die Herausbildung eines staatlichen parallelen Schulsystems.

### 2.8 Islamunterricht an niedersächsischen Schulen

Die AfD ist für die Ersetzung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen durch einen Ethikunterricht, der u.a. wesentliche Aspekte der Weltreligionen, unter besonderer Berücksichtigung des Christentums, enthält. Sollte aus dem politischen Willensbildungsprozess dennoch eine Einführung islamischen Religionsunterrichts resultieren, muss dieser strikt grundgesetzkonform und frei von ausländischer inhaltlicher und finanzieller Einflussnahme sein.

### 2.9 Ja zum Kopftuchverbot

AfD Niedersachsen spricht sich für ein Kopftuchverbot an allen öffentlichen Schulen aus. Die bisherige Regelung im niedersächsischen Schulgesetz über die allgemeinen Rechte und Pflichten aus dem Jahr 2017 verbietet lediglich eine Gesichtsverschleierung im Unterricht. Ein Verbot des Kopfschleiers bzw. ein Kopftuchverbot hat bisher keine gesetzliche Grundlage im Schulgesetz. Die AfD wird für die Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage Sorge tragen.

Diesen Eingriff in die Religionsfreiheit und Erziehungsrechte der Eltern hält die AfD Niedersachsen aus Gründen der Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie zum Erhalt des kulturellen Erbes für gerechtfertigt. Das Kopftuch bei Schülern ist nicht mit dem Gedanken einer deutschen Leitkultur, in die sich alle Einwanderergruppen einzufügen haben, vereinbar.

Die Einführung verpflichtender Schuluniformen mit entsprechender Kleiderordnung an allen staatlichen Schulen wäre hier ggf. ein geeigneter Ansatz.

### 2.10 Wiederholung von Klassenarbeiten

Bisher müssen Arbeiten, in denen mehr als 30% der Schüler mangelhafte oder ungenügende Leistungen erreicht haben, wiederholt oder vom Schulleiter genehmigt werden. Dies führt insbesondere in leistungsschwachen Klassen dazu, dass das Anforderungsniveau abgesenkt wird. Deshalb fordert die AfD, dass der entsprechende Wert auf 50% heraufgesetzt wird.

### 2.11 Vergleichsarbeiten

Wir fordern auf mittlere Sicht jährliche landesweite Vergleichsarbeiten in den Hauptfächern, die von externen Kräften durchgeführt und korrigiert werden und deren Ergebnisse in die schriftlichen Noten des Schülers eingehen. Basieren müssen die Arbeiten, die von der Grundschule bis zum Abitur reichen, auf genauen Kriterien und Lehrplänen, die sich an den deutschen Bildungstraditionen orientieren. Entscheidend ist, dass die Vergleichsarbeiten der Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität dienen. Diese Vergleichsarbeiten mit denselben Inhalten müssen auch zwischen Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen durchgeführt werden.

### 2.12 Eingangsprüfungen an Universitäten

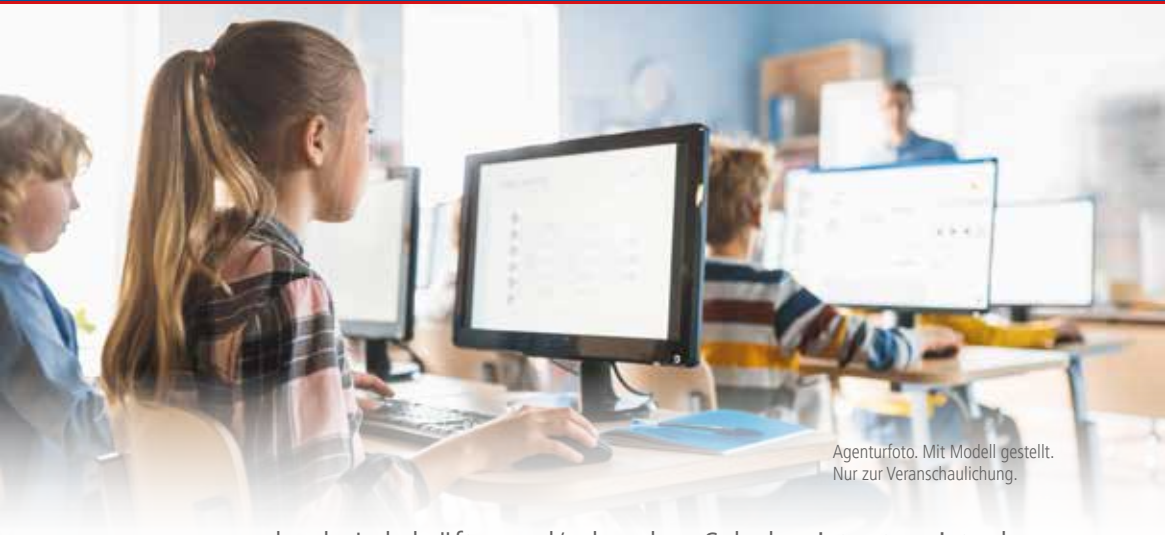
Wir fordern die Einführung von Eingangsprüfungen an Universitäten. Dies gilt für alle Fachbereiche, auch für die weniger ausgelasteten MINT-Fächer. Dies soll dazu beitragen, die Qualität des Abiturs an allen Schulen und Schulformen auf ein gleichmäßiges Niveau zu setzen, das den hohen Anforderungen unserer Universitäten und Hochschulen genügt.

### 2.13 Digitalisierung

Die AfD unterstützt eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Im 21. Jahrhundert muss eine leistungsfähige Schule selbstverständlich zeitgemäße Informationsverarbeitungssysteme sowohl für den Unterricht als auch für die Schulverwaltung nutzen. Dafür sind die Schulen mit moderner Hard- und Software auszustatten.

Im Einzelnen hat jede Schule mindestens einen Systemadministrator zu bekommen. Eine Übernahme dieser Aufgaben

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN



Agenturfoto. Mit Modell gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.

durch Lehrkräfte und/oder den Schulassistenten ist abzulehnen und entspricht nicht der Bedeutung dieser Tätigkeiten. Des Weiteren muss jeder Klassenraum mit einem Smart Board versehen werden, welches selbstverständlich einen Internet Zugang besitzt. Die Einführung von speziellen Schulverwaltungsprogrammen, wie z.B. IServ, die die Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern erleichtern, ist zu unterstützen. Dagegen lehnen wir die allgemeine Ausstattung der Schüler mit Tablets ab. Eine digitale Speicherung von Schulbüchern und die Erledigung von Aufgaben aller Art auf diesen Tablets führen zu einer Ablenkung vom zentralen Unterricht. Das gedruckte Schulbuch und das mündliche Unterrichtsgespräch können und dürfen nicht durch den Einsatz digitalisierter Medien wie Tablets ersetzt, sondern allenfalls ergänzt werden. Allerdings können ggf. digitalisierte Lernprogramme den Unterrichtsfortschritt im Bereich des Übens unterstützen. Abzulehnen sind alle Bestrebungen, auch den Unterricht selbst zu digitalisieren, die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen, um die Lehrerpersönlichkeit durch das Medium zu ersetzen. Der Lehrer ist und bleibt aber die wichtigste Bezugsperson für alle Schüler.

### 2.14 Entbürokratisierung

Guter Unterricht wird von guten Lehrern gemacht, die Zeit für gründliche Unterrichtsvorbereitung, aussagekräftige Korrekturen und pädagogische Tätigkeiten haben. Voraussetzung dafür ist eine entbürokratisierte Schule, welche die derzeitigen Missstände korrigiert: Die seit Jahren erzwungene Produktion von Papieren und Konzepten in Konferenzen, Fortbildungen, Arbeitsgruppen, Steuerungsgruppen und Komitees hat i. d. R. überhaupt keinen praktischen Nutzen für die Unterrichtsqualität. Schulpolitiker der etablierten Parteien wollen hiermit Aktivität vortäuschen, sorgen aber vor allem dafür, dass Zeit und Motivation der Lehrkräfte vergeudet werden. Besonders auffällige Negativbeispiele für die aufwendige Beschäftigung mit solch sinnlosen „Papiermonstern“ sind die „individuellen Lernentwicklungsberichte“ und der „Orientierungsrahmen Schulqualität“. Die in jeder Schule separat durchzuführende Konkretisierung der „Kerncurricula“ zu schuleigenen Lehrplänen ist ebenfalls unsinnig. Diese sind vom Kultusministerium zu vereinheitlichen und zu konkretisieren, wie dies ehemals der Fall war.

Daraus ergäbe sich eine spürbare Entlastung der Lehrkräfte an jeder Schule und die erreichten Lernziele können über den gesamten Geltungsbereich verglichen werden. Für nicht-pädagogische Verwaltungsarbeiten sind ggf. verstärkt Verwaltungsfachkräfte an den Schulen einzusetzen. Auf diese Weise können auch die Schulleitungen entlastet werden.

Die ebenso teure wie sinnlose Schulinspektion muss ersatzlos abgeschafft werden. Eine anlass- und personenbezogene Beratung kann weitaus kompetenter durch Fachberater oder durch Fachleiter erfolgen.

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

Wir fordern, dass die allgemeinen schulfachlichen Verwaltungsstellen in den Referaten des Kultusministeriums und den nachgeordneten Behörden im Regelfall mit Lehrern besetzt werden. Nur in zwingenden Ausnahmefällen darf hiervon abgewichen werden. Nur Lehrer mit Praxiserfahrung können die Auswirkungen von schulfachlichen Verwaltungsentscheidungen in vollem Umfang einschätzen. Ggf. fehlende Verwaltungskennnisse können sie sich bei nachgewiesener Eignung hingegen leicht aneignen. Damit verbunden fordern wir jedoch auch eine Wiedereinsetzung dieser Stelleninhaber im Schulunterricht nach einem Rotationsprinzip, damit das Problembewusstsein für die Alltagsrealität der Schule erhalten bleibt.

### 2.15 Neutrale Lehrer Niedersachsen

Die AfD fordert, die parteipolitische und weltanschauliche Neutralität der Schule in den Grenzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu gewährleisten und damit die Voraussetzungen für ein Schul- und Unterrichtsklima zu schaffen, in welchem sich die demokratische Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit entfalten kann.

Politische Indoktrination durch Lehrer richtet großen Schaden bei Schülern an: Sie werden in der Bildung eigener politischer Urteile beeinträchtigt und zu einem bestimmten erwünschten Verhalten (*political correctness*) erzogen. Betroffene Schüler trauen sich in einem solchen Klima der Angst nicht mehr, ihre Meinung offen auszusprechen, weil sie schlechte Noten oder Anfeindungen fürchten.

Die AfD setzt sich deshalb uneingeschränkt für die Erhaltung des Neutralitätsgebotes und den Beutelsbacher Konsens an

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

niedersächsischen Schulen ein. Hier hat die AfD Niedersachsen mit der Initiative „Neutrale Lehrer Niedersachsen“ ein deutliches Zeichen gesetzt.

### Schule muss politisch neutral sein. Was bedeutet das?



- 1. Überwältigungsverbot**
- 2. Kontroversitätsgebot**
- 3. Schülerorientierung**

Vor der Einflussnahme schulfremder Interessengruppen auf den Unterricht – womöglich sogar unter Ausschluss des Lehrers – müssen unsere Kinder wieder sicher geschützt werden. Insbesondere müssen die jüngsten Änderungen in den Lehrplänen zu Themen wie „Sexuelle Vielfalt“ und „Gender Mainstreaming“ unverzüglich aufgehoben werden.

Wir erwarten von allen Schülern die Akzeptanz unserer freiheitlich-aufgeklärten Werteordnung und der Grundregeln eines höflichen mitmenschlichen Umgangs.

Um der Einhaltung schulischer Regeln Nachdruck zu verleihen, benötigen Lehrkräfte und Schulen erweiterte Disziplinierungsmöglichkeiten. Die Schulen müssen zudem mit Hilfe von Jugendamt und Polizei schneller und unbürokratischer gegen Schulschwänzer vorgehen können.

### 2.16 Schuluniformen

Wir empfehlen die Einführung von Schuluniformen, auch an staatlichen Schulen. In Zeiten des Markenwahns helfen diese, sichtbare soziale Unterschiede in der Schülerschaft und daraus resultierende Straftaten („Abziehen“, „Mobbing“) einzudämmen. Auch das Vordringen subkultureller, radikal-religiöser oder als unangemessen „freizügig“ empfundener Kleidungsstile, die den Schulfrieden gefährden, wird durch Schuluniformen verhindert. Nicht zuletzt fördert die Schuluniform Identifikation mit und Zusammenhalt in der Schule. Mit der Einführung von Schuluniformen einhergehen sollte auch die Forderung nach einer angemessenen Bekleidung des Lehrkörpers. Angesichts ähnlicher Bekleidungs Vorschriften in anderen Berufszweigen (z.B. Bankenwesen), und eingedenk der Vorbildfunktion des Pädagogen, erscheint uns dies auch für den Lehrerberuf als zumutbar und geboten. Im Übrigen kann und sollte im Falle der Einführung von



Agenturfoto, von Model gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.



## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

Schuluniformen auch vom Lehrkörper die Einhaltung bestimmter Kleidungsstandards verlangt werden.

Zur Vermeidung von Wildwuchs sollte, zumindest für die staatlichen Schulen, eine landesweit standardisierte Schuluniform sowie Schulsportkleidung a) für die Grundschulen, b) für alle weiterführenden Schulen, eingeführt werden. Die Schuluniform sollte sich, zumindest bei den weiterführenden Schulen, eher an zeitlosen, klassischen, „erwachsenen“ Kleidungsstilen orientieren.

Als gemeinsames Erkennungszeichen einer Schule befürworten wir die Wiedereinführung der traditionellen Schülermützen und Schülerinnenmützen, wie sie heute u.a. noch in Schweden gebräuchlich sind - im Gegensatz zu früher jedoch an allen Schulen, nicht nur den Gymnasien. Die Schülermütze als das traditionelle Erkennungszeichen für Schüler in Deutschland, einst von den Nationalsozialisten geschmäht und abgeschafft, wäre eine hervorragende und stilbildende Botschafterin des deutschen Schulwesens, die auch im Ausland „Kultstatus“ erlangen könnte - man denke z.B. an die Möglichkeit, Schülermützen als Andenken für Austauschschüler zu verschenken.

### 2.17 Problemschulen

Als Folge einer jahrzehntelangen verfehlten Schul- und Migrationspolitik der Altparteien sind auch in Niedersachsen dysfunktionale Schulen entstanden, die euphemistisch als „Brennpunktschulen“ bezeichnet werden. Diese werden überproportional von Schülern ohne Deutschkenntnisse, mit Förderbedarf in den unterschiedlichsten Bereichen und aus sozialschwachen Familien besucht. Um diesen Schülern

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

gerecht zu werden, bedarf es deutlich kleinerer Klassen, die mit Unterstützung von Schulsozialpädagogen betreut werden. Um dies zu gewährleisten, fordert die AfD eine deutliche Aufstockung der Lehrerversorgung dieser Schulen im Vergleich zu Hauptschulen/Oberschulen.

Das Leistungsniveau ist an diesen Schulen häufig niedrig. Es ist notwendig, dass alle Kinder ohne Deutschkenntnisse in Sprachlernklassen aufgenommen werden und vor der Integration in reguläre Klassengemeinschaften ausreichende Deutschkenntnisse besitzen. Das Erlernen der deutschen Sprache im Regelunterricht behindert die Vermittlung der Lerninhalte für die ganze Gruppe. Die Anpassung von Klassenarbeiten durch das Herabsetzen von Anforderungen führt zu einer Absenkung des Niveaus.

Für die Schüler an sog. Brennpunktschulen ist Struktur im Tagesablauf sehr wichtig. Durch den Ausbau des Nachmittagsbereiches mit einem gemeinsamen Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung, praktischen Angeboten (wie z.B. Arbeitsgemeinschaften im Bereich Werken oder Kochen) und kulturellen, musischen sowie sportlichen Aktivitäten können sie in ihren Interessen gefördert und auf das Leben vorbereitet werden.

### 2.18 Sexualerziehung statt Indoktrination

Die AfD-Niedersachsen lehnt den im Dezember 2014 getroffenen Beschluss des Landtages ab, der alle Schulen dazu verpflichtet „Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität“ „verbindlich“ zu thematisieren.

Eine Weltanschauung, die eine Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten behauptet, ist mit vielen religiösen

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN



Bekenntnissen und traditionsgebundenen Weltanschauungen nicht vereinbar.

Ein Zwang zur Akzeptanz ist ein Angriff auf die Gewissens-, Bekenntnis- und Meinungsäußerungsfreiheit. Keine Regierung hat das Recht, den Bürgern ihre Weltanschauung über die menschliche Sexualität aufzuzwingen.

Die Bestimmungen des Landtages stehen eindeutig im Gegensatz zum Inhalt des niedersächsischen Schulgesetzes, der aus dem Grundgesetz hergeleitet ist. Demnach sind das Persönlichkeitsrecht der Schüler und das Erziehungsrecht der Eltern zu achten. „Zurückhaltung, Offenheit und Toleranz gegenüber verschiedenen Wertvorstellungen in diesem Bereich sind geboten.“ Schüler sollen „mit den Fragen der Sexualität altersgemäß vertraut“ gemacht werden, „ihr Verständnis für Partnerschaft, insbesondere in Ehe und Familie, entwickeln und ihr Verantwortungsbewusstsein stärken.“

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

Der Sachkunde- und Biologieunterricht soll dementsprechend die Bedeutung von Ehe und Familie hervorheben.

Sowohl von den leiblichen, geistigen und seelischen Anlagen her sind wir Menschen verschieden und nicht gleich. Eine Gleichheit resultiert lediglich aus der Anerkennung gleicher Würde im Sinne einer Gleichwertigkeit aller Menschen trotz ihrer Verschiedenheit. Daher erkennen wir als deutscher Staat im Grundgesetz die Würde, das Recht auf Leben, freie Entfaltung und Gleichheit vor dem Gesetz an.

Die AfD stellt fest, dass das Schulgesetz und die bisherige Praxis vor dem Beschluss einen Interessenausgleich zwischen staatlichem und familiärem Bildungsauftrag garantierten. Aus diesen Gründen setzt sich die AfD für die vollständige Rücknahme des gültigen Landtagsbeschlusses ein. Weiterhin wird sie darauf hinwirken, dass außerschulische Träger entsprechend ihrer Eignung und Fähigkeit überprüft werden und nur unter Aufsicht des zuständigen Lehrers den Unterricht durchführen.

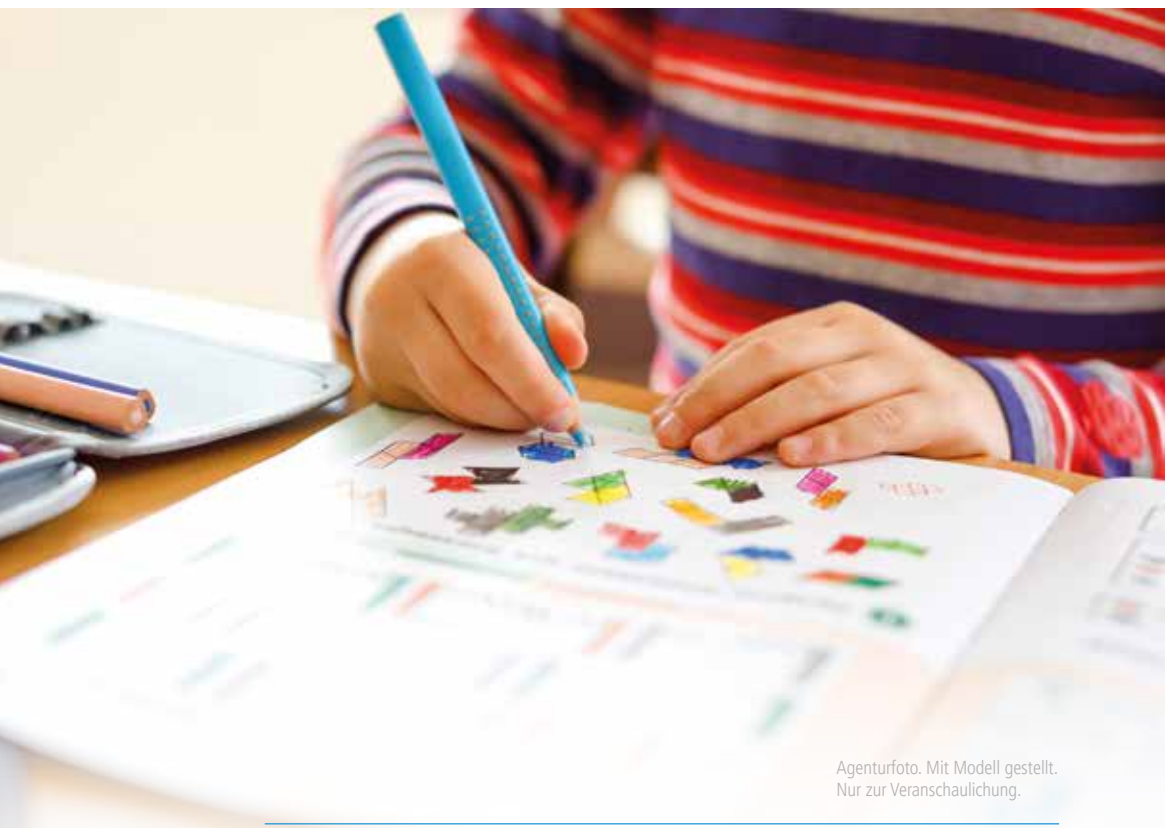
Zusätzlich setzt sich die AfD für ein, die Teilnahme verweigern zu können, wenn Schulen ihrer Informationspflicht nicht nachgekommen oder Eltern mit den Inhalten oder der Art und Weise der Vermittlung nicht einverstanden sind.

### 2.19 Heimunterricht im Rahmen der Schulpflicht

Als demokratische Partei spricht sich die Alternative für Deutschland Niedersachsen für die Ermöglichung von Heimunterricht unter schulischer Begleitung aus. Wir wollen Heimunterricht im Rahmen der Schulpflicht und nicht gegen die Schulpflicht.

## 2. SCHULFORMÜBERGREIFENDE FORDERUNGEN

Dieses Konzept sieht vor, dass aufgrund der Schulpflicht alle Schüler weiterhin an einer Schule in staatlicher oder privater Trägerschaft angemeldet sein müssen und Klassenarbeiten oder Prüfungen in der Schule abgelegt werden. Teile oder sogar der gesamte Unterricht können innerhalb der Eigenverantwortung von Familien zu Hause stattfinden. Wie die Rechte und Pflichten zwischen Schule und Familie im Einzelnen ausgestaltet werden, soll vertraglich festgehalten werden. Europaweit ist ein Verbot des Heimunterrichts die Ausnahme und nicht die Regel. Alle Nachbarländer Deutschlands erlauben Heimunterricht, bei einigen genießt dieser sogar Verfassungsrang.



Agenturfoto. Mit Modell gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.

### 3.1 Grundschule

#### ! WIR FORDERN

**einen methodisch einheitlichen Anfangsunterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen auf der Grundlage wissenschaftlich belegbarer fachdidaktischer Erkenntnisse.**

Das Erlernen einer Schreibschrift muss wieder verbindlich sein. Die Grundschule darf nicht länger zum Ausleben unwissenschaftlicher Irrlehren auf dem Rücken unserer Kinder missbraucht werden.

Fachdidaktisch verheerende Methoden wie „Lesen durch Schreiben“ und „Lernen nach Gehör“ müssen unverzüglich eingestellt werden.

Der Anfangsunterricht im Lesen und Schreiben muss aber nicht nur methodisch verbessert werden, sondern auch mehr Gewicht erhalten. Wieder eingeführt werden muss eine eigenständige und gewichtige Rechtschreibzensur, die u.a. auf Diktaten als eigenständiger Form der Klassenarbeit basiert. Die für die Einübung der Fähigkeiten notwendige Zeit kann u. a. durch Streichungen an anderer Stelle erwirtschaftet werden:

#### ! WIR FORDERN

**die Einstellung des Englischunterrichts in den Jahrgängen 3 und 4, da er sich nachweislich nicht bewährt hat.**

Sehr oft entsteht im 5. Jahrgang der weiterführenden Schulen monatelanger Leerlauf, weil die Kinder die Grundschule mit weit auseinanderliegenden Kenntnisständen verlassen. Inzwischen gilt es auch als erwiesen, dass die sogenannten „zeitlichen Fenster zum spielerischen Spracherwerb“ im Alter von acht Jahren längst geschlossen sind:

### **! WIR FORDERN**

**eine frühere Gewöhnung an leistungsorientierten Unterricht, um die Leistungsanforderungen über den Zeitraum von vier Jahren insgesamt moderater ansteigen lassen zu können.**

### **! WIR FORDERN**

**die Beibehaltung der sechsstufigen Notenskala ab der dritten Klassenstufe.**

Dem seit langem bekannten Missstand, dass in der Grundschule vor allem Jungen Bildungsverlierer sind, muss entgegengetreten werden.

Kleine Grundschulen müssen erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum.

### 3.2 Integrierte Gesamtschule

Der Trend zur Bevorzugung der Integrierten Gesamtschule (IGS) durch die Altparteien stellt eine fatale Fehlentwicklung des niedersächsischen Bildungssystems dar. Diese Schulform verspricht mit den Grundsätzen des „gemeinsamen Lernens“ und der „individuellen Förderung“ jedes Schülers innerhalb einer Klasse einen pädagogischen Erfolg, der in keiner Weise in der Realität verwirklicht werden kann. Im Gegenteil, die Integrierte Gesamtschule verursacht bei leistungsstarken Schülern eine frustrierende Unterforderung und bei leistungsschwachen Schülern durch eine ständige Konfrontation mit der eigenen Unterlegenheit eine demotivierende Überforderung. Der Versuch, durch die oben genannte „individuelle Förderung“ diese strukturellen Defizite auszugleichen, ist nicht praktikabel und kontraproduktiv. An dieser Stelle zeigen sich damit die deutlichen Vorteile eines gegliederten Schulsystems, welches für jeden Schüler je nach Leistungsstärke und -bereitschaft die angemessene Schulform anbieten kann. Im Weiteren gilt: Grundlegende Veränderungen in der Schullandschaft bringen erfahrungsgemäß erhebliche Nachteile mit sich: Erstens erzeugen sie eine erhebliche Verunsicherung in Eltern- und Lehrerschaft und zweitens ziehen sie oft hohe bauliche Folgekosten für die Kommunen nach sich, da die Schülerströme an andere Standorte umgelenkt werden.



#### WIR FORDERN

**Deshalb muss sich eine Veränderung durch eine deutliche Leistungssteigerung des Schulsystems rechtfertigen lassen.**



Dieser Nachweis ist der IGS bislang nicht ansatzweise gelungen. Die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen lehnen wir deshalb ab. Gleiches gilt auch für die Einrichtung von IGS-Oberstufen.

Die vorhandenen Integrierten Gesamtschulen müssen deutlich leistungsorientierter werden. Die Leistungs- und Bewertungskriterien müssen jenen des gegliederten Schulsystems entsprechen. Integrierte Gesamtschulen müssen zudem mit denselben Finanzmitteln auskommen wie andere Schulformen.

Langfristig strebt die Alternative für Deutschland die Abschaffung der Integrierten Gesamtschulen an.



Agenturfoto. Mit freundlicher Genehmigung.  
Nur zur Veranschaulichung.

### 3.3 Förderschule

#### **! WIR FORDERN**

#### **die Rückabwicklung der Inklusion an Regelschulen auf den Stand des Schulgesetzes vor 2012.**

Dies beinhaltet die sofortige Wiedereröffnung von bereits geschlossenen Förderschulen des Bereichs Lernen sowie die uneingeschränkte Weiterführung der bewährten Einrichtungen. Im Bereich Lernen zu fördernde Kinder benötigen diesen Schonraum, um behutsamer und individuell besser abgestimmt als an der Regelschule auf das Berufsleben vorbereitet werden zu können. Inklusion darf auf keinen Fall als Sparmodell missbraucht werden. Wir unterstützen die vor 2012 bereits bewährten Formen der Inklusion. Diese Inklusion mit Augenmaß erlaubt die Aufnahme in eine Regelschule bei entsprechendem Elternwunsch ausschließlich dann, wenn die Leistungsvoraussetzungen für die entsprechende Schulform gegeben sind und die notwendigen besonderen organisatorischen Maßnahmen die Unterrichtsqualität nicht beeinträchtigen. Es müssen die verbindlichen Regeln zur Leistungsbeurteilung und Versetzung gelten, jedoch ist bei Bedarf Unterstützung durch Förderschullehrer und pädagogische Mitarbeiter zu gewährleisten. Schon vor 2012 war die Feststellung des Förderbedarfs für die Schulleitungen, insbesondere an den Grundschulen, viel zu kompliziert und bürokratisch. Hier fordern wir eine deutliche Vereinfachung. Zudem muss der Expertenmeinung bei der Entscheidungsfindung ein möglichst hohes Gewicht zukommen.

### 3.4 Haupt-, Real- und Oberschule

#### **! WIR FORDERN**

**die Abschaffung der Oberschulen zugunsten von Haupt- und Realschulen, wo immer die Schülerzahlen dies ermöglichen.**

#### **! WIR FORDERN**

**eine Stärkung der Haupt- und Realschulen durch gesteigerte Leistungsanforderungen in allen Bereichen.**

#### **! WIR FORDERN**

**einen weiteren Ausbau berufsorientierter Bildungsangebote, z. B. durch Kooperation mit Betrieben und beruflichen Bildungseinrichtungen.**

Ziel ist zum einen eine stärkere Befähigung der Schüler gerade auch für anspruchsvolle Berufsausbildungen ohne Abitur. Zum anderen bietet sich die Beschäftigung mit konkreten Themen aus der Berufs- und Alltagswelt besonders an, um auch Schülern mit weniger Interesse an akademisch-fachwissenschaftlichen Fragestellungen befriedigende Lernerfahrungen vermitteln zu können. Des Weiteren kann auf diese Weise negativen Fehlvorstellungen über bestimmte Berufszweige entgegengewirkt und zur leistungswilligen Vorbereitung auf eine Berufsausbildung motiviert werden. Haupt- und Realschulen sind keine „abgespeckten“ Gymnasien, sondern für ein leistungsfähiges Bildungsangebot unerlässlich.

### 3. SCHULFORMEN

Besonders wichtig ist ein eigenständiges Profil der Hauptschule: Sie soll auf praktische Berufe vor allem im handwerklich-technischen Bereich vorbereiten. Dies muss sich eindeutig in den Unterrichtsinhalten widerspiegeln. Im Bereich der Mathematik etwa muss wieder das klassische Rechnen mit möglichst hohem Anwendungsbezug vermittelt werden. Sie darf keine „Restschule“ sein, sondern muss ihren hohen Stellenwert wiedererlangen.



Agenturfoto. Mit Modell gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.

### 3.5 Gymnasium

#### **! WIR FORDERN**

**die entschiedene Wiederausrichtung des Gymnasiums auf die allgemeine Studierfähigkeit.**

Ziel des Unterrichtes an einem Gymnasium muss die Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Hochschulstudium sein. Deshalb muss der Unterricht in der Oberstufe grundsätzlich wissenschaftspropädeutischen Charakter besitzen. Damit korrespondiert, dass nur Akademiker der jeweiligen Fachwissenschaften in der gesamten Oberstufe eingesetzt werden dürfen.

#### **! WIR FORDERN**

**dass durch die Allgemeine Hochschulreife neben der Studierfähigkeit auch eine breite Allgemeinbildung vermittelt wird.**

Ein frühzeitiges Abwählen von Kernfächern muss deshalb unmöglich werden.

#### **! WIR FORDERN**

**für die Jahrgänge 5-10 Unterricht von der ersten bis zur sechsten Stunde.**

Die erste Fremdsprache ist Englisch und wird ab der fünften Klasse unterrichtet. Wir bekennen uns zu einer frei zu wählenden zweiten Fremdsprache.

## 3. SCHULFORMEN

„Darstellendes Spiel“ soll als ordentliches Lehrfach ersatzlos gestrichen werden.

Dagegen müssen die naturwissenschaftlichen Fächer in den Jahrgängen 7-11 durchgängig unterrichtet werden.



### Bundesweites Zentralabitur

Der deutsche Bildungsföderalismus ist gescheitert. Er verursacht eine politisch gewollte Steigerung der Abiturientenquote auf mittlerweile über 40 Prozent, ein sinkendes Niveau des Abiturs und verhindert eine länderübergreifende Vergleichbarkeit. Dadurch entstehen erhebliche Bildungsgerechtigkeiten, da die Abiturnote den Zugang zum Studium und zu begehrten Studienfächern regelt. Außerdem hat die inflationäre Vergabe des Abiturs zur Folge, dass Schüler eine Zugangsberechtigung zur Universität erhalten, die für ein wissenschaftliches Studium ungeeignet ausgebildet sind. Hohe Abbruchquoten sind die Folge. Die AfD fordert daher die Einführung eines bundesweiten anspruchsvollen Zentralabiturs, welches das hohe Niveau des deutschen Abiturs wiederherstellt und bundesweit einheitliche Maßstäbe festlegt. Um dieses Zentralabitur einführen zu können, muss es einen leistungsabhängigen Übergang von der Grundschule zum Gymnasium geben, es müssen einheitliche Rahmenpläne, Stundentafeln und Zulassungsbedingungen zum Abitur gelten. Durch diese Anhebung des Niveaus wird die Abiturientenquote gesenkt/halbiert. Folgen wären Universitäten mit leistungsfähigen Studenten, weniger Studienabbrecher, Gymnasien, die diesen Namen auch verdienen und Mittelschulen, die wieder über eine angemessene Leistungsbreite verfügen, so dass die handwerklichen Berufe wieder qualifizierten Nachwuchs finden.

in den Prozess der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern einzugreifen - mit dem Ziel, sie zu selbständigen, leistungsfähigen und verantwortungsvollen Menschen zu bilden“.

Die Vorbereitung auf die duale Berufsausbildung ist hingegen Kernaufgabe der Haupt-, Real- und Oberschulen. Ergänzende Informationsveranstaltungen zu Berufsausbildungsangeboten sind zwar auch für Gymnasiasten wichtig, können aber durch die Wiedereinführung von G9 problemlos außerunterrichtlich stattfinden.

### **! WIR FORDERN**

**das Rechtschreib-, Zeichensetzungs- und Grammatikfehler auch im Sekundarbereich I in die Beurteilung aller schriftlichen Arbeiten einfließen müssen.**

Bisher ist dies außerhalb der Sprachen lediglich in der gymnasialen Oberstufe der Fall. Auch im Fach Deutsch selbst muss dieser Bereich einen höheren Stellenwert erhalten.

Die Schülerbeförderung muss auch für die Sekundarstufe II vom Schulträger finanziert werden.

### 3.6 Abendschulen

Die AfD Niedersachsen unterstützt alle Formen von Abendschulen und erkennt das hohe Engagement dieser Bildungseinrichtungen und ihrer Schüler an.

### 3.7 Berufliche Bildung

#### **! WIR FORDERN**

**den sofortigen Stopp der Schwächung des weltweit anerkannten deutschen Systems der dualen Berufsausbildung.**

Derzeit finden handwerkliche und industrielle Ausbildungsbetriebe teilweise nicht mehr genügend geeignete Bewerber für eine duale Ausbildung. Die Ursache für diese Vorstufe des öffentlich beklagten „Facharbeitermangels“ ist vor allem in der mangelhaften schulischen Vorbildung möglicher Auszubildender und in dem Trend, Schüler unabhängig von ihrer schulischen Leistung auf Gymnasien zu schicken, zu sehen. Dieser Akademisierungswahn bedroht im Zusammenspiel mit einer Abwertung altbewährter schulischer Abschlüsse wie des Haupt- und des Realschulabschlusses das deutsche Erfolgsmodell des „dualen Systems“.

Daher ist das Durchsetzen der für die Haupt-/Real- und Oberschule geforderten höheren Leistungsanforderungen ebenso wesentlich wie eine konsequente Umsetzung des Leistungsgedankens an allen allgemeinbildenden Schulen.

Um Auszubildenden und Schülern flächendeckend eine wohnortnahe Beschulung zu ermöglichen und damit die



Motivation zum Beginn einer dualen Ausbildung zu erhöhen, müssen auch kleinere berufsbildende Schulen erhalten bleiben. Außerdem ist die teilweise stattfindende Vermischung ähnlicher und artfremder Ausbildungsberufe in einheitlichen Klassen zum Erreichen einer Mindestschülerzahl bei Erhalt des Bildungsangebotes so weit wie möglich zu reduzieren. Dazu ist vor allem die Mindestklassenstärke auf eine Zahl von 7 Schülern zu senken, so dass berufliche Schulen auch kleinere Lerngruppen budgetunschädlich beschulen können. Schüler, denen aufgrund mangelnder sozialer, fachlicher oder sprachlicher Kompetenz noch keine Berufsausbildung möglich ist, müssen durch geeignete schulische Maßnahmen in die Lage versetzt werden, eine Berufsausbildung zu beginnen. Daher sind die Berufseinstiegsschule und die Berufsfachschulen als Angebot der Berufsschulen zu erhalten. Auch die weiterführenden Schulformen (Fachoberschule, berufliches Gymnasium, Fachschulen) leisten einen wesentlichen Beitrag zur landesweiten Bildung und sind daher zwingend an den berufsbildenden Schulen zu erhalten:

Kulturelle Unterschiede und Unvereinbarkeiten sowie sprachliche und fachliche Defizite bei kürzlich zugewanderten Schülern mit Migrationshintergrund erfordern umfassende Maßnahmen, um auch diesen Schülern mittelfristig Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen.

### **! WIR FORDERN**

**vor der Aufnahme an einer berufsbildenden Schule bei sprachlichen Defiziten den verpflichtenden Besuch und Abschluss entsprechender Sprachkurse, sowie bei großen kulturellen Unterschieden den ebenfalls verpflichtenden Besuch von Integrationskursen.**

### 3. SCHULFORMEN

Fachliche Aufnahmevoraussetzungen für die verschiedenen Schulformen müssen auch von Schülern mit Migrationshintergrund nachweislich erfüllt werden.

Eine schulische Ausbildung hat selbstverständlich nur für Schüler mit Bleibeperspektive stattzufinden, ohne Bleibeperspektive im Land befindliche Migranten sind speziell zu beschulen.

Eine gute Zusammenarbeit von Betrieben, Handwerkskammern, der IHK und Berufsschulen ist ein zentraler Bestandteil des dualen Systems. Insofern sollen Lehrer nach Möglichkeit auch in Fachprüfungsausschüssen mitarbeiten können. Wir fordern daher, den beruflichen Schulen für diese Tätigkeiten Anrechnungsstunden zuzuweisen, so dass diese in die Lage versetzt werden, Lehrer angemessen für ihre Tätigkeit als Prüfer freizustellen.

### 4. Berufsbild Lehrer

Alle genannten Maßnahmen führen zu einem erhöhten Personalbedarf. Um diesen durch qualifizierte Lehrkräfte decken zu können, muss vor allem die Attraktivität des Berufes des Lehrers erhöht werden. Ferner ist die Zusammenarbeit von Schulen, Hochschulen und Studien-/Ausbildungsseminaren im Rahmen der Lehrerausbildung zu verbessern.

Der kontinuierlich erforderlichen Weiterbildung von Lehrern sollte durch ein flexibles System Rechnung getragen werden. Die Verwaltung eines anzustrebenden verlässlichen und bedarfsorientierten Weiterbildungsbudgets sollte direkt bei den Schulen liegen.

Für Lehrkräfte sind funktionsbezogene Aufstiegsmöglichkeiten in verschiedenen Verwendungen in ausreichender Zahl bereitzustellen.

Außerdem fordern wir, die massive finanzielle Ungleichbehandlung verbeamteter und angestellter Lehrer endlich zu beenden – gleiche Arbeit muss auch identisch entlohnt werden, dies erfordert eine umfangreiche Erhöhung des Lohns angestellter Lehrer.



#### Lehrerausbildung und -besoldung



#### WIR FORDERN

**die deutliche Trennung der Lehrerausbildung für die verschiedenen Schulformen.**

Während sich für das Grund-, Mittel- (Haupt-, Real- und Oberschule) und Förderschullehramt eine Ansiedlung an

## 4. BERUFSBILD LEHRER

pädagogischen Fachhochschulen mit einem nach Schulformen ausgerichteten Praxisbezug und verringerter Studiedauer anbietet, muss das Lehramtsstudium für Gymnasien und Berufsschulen wieder stärker akademisiert werden. Dazu muss das 1. Staatsexamen mit Abschlussprüfungen durchgängig wiedereingeführt werden. Eine unangemessen hohe Anfüllung mit sozial- und förderpädagogischen Anteilen würde hier zu wenig Raum für fachwissenschaftliche Studien auf Diplom- bzw. Magisterniveau lassen. Nur ein fundiertes fachwissenschaftliches Studium kann gewährleisten, dass Lehrer ihre Schüler am Gymnasium bzw. an der Berufsschule adäquat auf ihre Abschlussziele Studierfähigkeit bzw. Berufsfähigkeit vorbereiten können. Eine Promotion der gymnasialen Lehrkräfte sollte grundsätzlich die Eingangsbesoldung A 14 zur Folge haben, so dass die Akademisierung des Gymnasiums unterstützt wird.



### WIR FORDERN

**die Beibehaltung der klaren und bewährten Zuordnung der verschiedenen Lehrämter zu verschiedenen Besoldungsstufen der Tabelle „A“, um auch weiterhin den Unterschieden in den Zugangsanforderungen und den Studiendauern gerecht zu werden.**

Der Vorbereitungsdienst für das Lehramt muss eine angemessene Dauer haben, damit Tiefe wie Breite der Ausbildung gewährleistet werden können und diese zudem einen ausreichenden Praxisbezug erhält, der z.B. auch die Konzeption und Korrektur von Klassenarbeiten berücksichtigt.



### ! WIR FORDERN

Agenturfoto. Mit Modell gestellt.  
Nur zur Veranschaulichung.

**die Kürzung des Referendariats für angehende gymnasiale Lehrkräfte rückgängig zu machen, so dass die Länge wieder bei 2 Jahren liegt.**

Die durch die Altparteien verursachte Praxis, dass Referendare sofort und ohne jegliche Unterrichtspraxis als eigenverantwortliche Lehrkräfte in allen Klassenstufen eingesetzt werden, muss umgehend beendet werden. Kompetente Fachleiter in den Studienseminaren sind wesentlich für eine erfolgreiche Ausbildung der Referendare. Fachleiter müssen demnach grundsätzlich mit der Besoldungsgruppe A 15 als Studiendirektor bezahlt werden. Die Tendenz, dass zunehmend lediglich sog. Mitwirker am Seminar beschäftigt werden, ohne dass diese Fachleiter werden, ist umgehend zu beenden. Die Besoldung von Grundschulleitungsstellen muss spürbar verbessert werden, so dass diese verantwortliche Tätigkeit auch entsprechend vergütet wird. Der durch die Politik der Altparteien verantwortete Mangel an Schulleitern muss der Vergangenheit angehören. Allerdings lehnen wir eine allgemeine Erhöhung der Besoldung von Grundschullehrern auf A 13 als Eingangsbesoldung ab. Zudem muss eine verstärkte Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben in allen Schulformen erfolgen.



## Schlusswort

Hervorragende Bildung und die Vermittlung von Kenntnissen, welches durch ein differenziertes und leistungsstarkes Bildungssystem gewährleistet wird, ist ein entscheidender Schlüssel zur Bewältigung der Probleme unseres Vaterlandes und zur Erziehung der Jugend zu mündigen Bürgern. Nur durch ein hohes Niveau der Schul- und Universitätsausbildung in Niedersachsen werden wir in der Lage sein, die Herausforderungen und Aufgaben der Zukunft zu meistern.

Leider müssen wir dagegen feststellen, dass die Schulen in Niedersachsen entgegen allen Beteuerungen des Kultusministeriums im zunehmenden Maße ihre Kernaufgaben, Bildung und Wissen zu vermitteln, nicht mehr erfüllen können. Sie sind zu einem Experimentierfeld und einer Spielwiese linker Ideologen und praxisferner Theoretiker geworden, so dass die eigentliche Aufgabe von Lehrern, die Erteilung eines niveaureichen Unterrichtes, mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden ist.

## Schlusswort

Der Landesfachausschuss 06 Bildung versucht mit diesem schulpolitischen Programm eine Reform und Erneuerung des niedersächsischen Schulsystems durch eine programmatische Weiter- und Fortentwicklung unserer Parteibeschlüsse zu unterstützen.

Insofern hoffen wir, dass der LFA Bildung mit diesem Programm einen Teil dazu beitragen kann, unser Schulsystem zu reformieren und unseren Schülern und unserer Jugend wieder eine bildungspolitische Zukunft zu geben.

Die AfD ist auch hier die einzige Alternative, die einzige Partei, die eine grundlegende Restauration, d.h. die Wiederherstellung des weltweit anerkannten dreigliedrigen Schulsystems und die Rückkehr zum Leistungsgedanken anstrebt. Unser nochmaliger Dank gilt allen, die direkt oder indirekt an der Erstellung dieses Programmes mitgewirkt haben.

Thorsten Althaus  
Leiter LFA 06 Bildung



V.i.S.d.P.: Alternative für Deutschland  
Landesverband Niedersachsen  
Jens Kestner | Am Brabrinke 14 | 30519 Hannover  
E-Mail: lgs@afd-niedersachsen.de

**[www.afd-niedersachsen.de](http://www.afd-niedersachsen.de)**